



# **Niederschrift**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

19. Wahlperiode - 135. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Januar 2022, 10:00 Uhr,  
als Videokonferenz

**Anwesende Abgeordnete**

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Abg. Tim Brockmann (CDU)	
Abg. Lukas Kilian (CDU)	
Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)	
Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Abg. Stefan Weber (SPD)	i. V. von Abg. Katrin Fedrowitz
Abg. Thomas Rother (SPD)	
Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Abg. Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Abg. Aminata Touré
Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)	
Abg. Lars Harms (SSW)	

**Weitere Abgeordnete**

Abg. Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2650	
<b>2.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>38</b>

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

### **Mündliche Anhörung:**

#### **1. Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2650](#)

(überwiesen am 24. März 2021 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [19/5779](#), [19/5973](#), [19/5974](#), [19/5975](#), [19/5992](#),  
[19/6008](#), [19/6013](#), [19/6015](#), [19/6019](#), [19/6020](#),  
[19/6021](#), [19/6022](#), [19/6024](#), [19/6034](#), [19/6560](#)

### **Norddeutscher Rundfunk, Hamburg**

Herr Dr. Kühn, Justiziar beim Norddeutschen Rundfunk in Hamburg, teilt mit, Herr Thormählen, der Direktor des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein in Kiel, und er seien in Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung übereingekommen, dass Herr Thormählen die Sichtweise des Norddeutschen Rundfunks in Bezug auf die Medienlandschaft in Schleswig-Holstein darstellen werde. Er, Dr. Kühn, werde anschließend für Fragen zur Verfügung stehen.

### **Norddeutscher Rundfunk, Landesfunkhaus Schleswig-Holstein, Kiel**

[Umdruck 19/6020](#)

Herr Thormählen, Direktor des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein in Kiel, schildert eingangs kurz die Aktivitäten des Landesfunkhauses sowie der Studios im Land. Sodann berichtet er, seit einigen Jahren werde eine Reihe von nonlinearen Angeboten produziert, weil die nonlineare Nutzung insgesamt stark zunehme. Dies betreffe in erster Linie die Homepage [www.ndr.de/sh](http://www.ndr.de/sh), aber auch die NDR-SH-App mit zahlreichen tagesaktuellen Informationen sowie Video- und Podcastangeboten.

In programmlicher Hinsicht sei das Landesfunkhaus Schleswig-Holstein autonom. Die Entscheidungen für das Landesprogramm des NDR in Schleswig-Holstein würden in Kiel getroffen. Dabei werde das Landesfunkhaus vom NDR-Rundfunkrat begleitet, beraten, kontrolliert und überwacht.

Die Landesregierung streiche in ihrem Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein die rapide Änderung bei der Mediennutzung heraus, was er nur bestätigen könne. Vor diesem Hintergrund sei es für den NDR eine große Herausforderung, die linearen Angebote im Radio und im Fernsehen weiterhin in einer guten Qualität zur Verfügung zu stellen, damit sie auch erfolgreich blieben. Gleichzeitig müssten Angebote und Formate für neue Auspielwege entwickelt und produziert werden, um insbesondere für jüngere Zielgruppen präsent zu sein. Mittlerweile nutzten breite Schichten der Bevölkerung in immer stärkerem Maße Netflix, Spotify und Mediatheken. Dies bedeute für den NDR, dass er investieren und Formate entwickeln müsse, die für die Mediathek besonders geeignet seien.

Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die nonlinearen Verbreitungswege habe das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr deutlich betont. Er stimme dem vorliegenden Bericht der Landesregierung ausdrücklich zu, wenn er die Risiken in Sachen Medienvielfalt in Schleswig-Holstein sehr eindeutig benenne. Die Situation sei gerade auf lokaler Ebene schwierig.

Wie in dem Bericht der Landesregierung richtig ausgeführt, dürfe der NDR als öffentlich-rechtlicher Sender keine lokale Berichterstattung leisten. Dies wäre mit der aktuellen finanziellen und personellen Ausstattung auch gar nicht möglich, betont Herr Thormählen. Der NDR fokussiere sich insbesondere auf die regionale Berichterstattung. Er berichte aus und über Schleswig-Holstein sowie aus den und über die einzelnen Regionen. Dafür stünden nach wie vor fünf Studios zur Verfügung, nämlich in Kiel, Flensburg, Heide, Lübeck und Norderstedt. Dort arbeiteten regionale Experten, die bestens vernetzt seien, die sozusagen eine gute Antenne für Themen vor Ort hätten und die für die Menschen in der Region greifbar und ansprechbar seien. Dies sei für den NDR ein wichtiger Anker für die Akzeptanz. Deshalb seien die Studios in den vergangenen Jahren personell verstärkt worden. Dies sei in Zeiten begrenzter finanzieller Spielräume eine große Kraftanstrengung, dem NDR aber wichtig gewesen.

Für alle sollte von höchstem Interesse sein, dass regionale Informationen und Inhalte angesichts immer größer werdender nationaler und internationaler Konkurrenz gut auffindbar, attraktiv und akzeptiert blieben. Dies erfordere sowohl Kreativität als auch Geld.

Bezüglich des Ausbaus von DAB+ verweist Herr Thormählen auf die schriftliche Stellungnahme, Umdruck 19/6020. Er hält fest, der Parallelbetrieb von DAB+ und UKW sei aufwendig und teuer. Ein Ausstieg aus UKW, von dem immer gesprochen werde, sei allerdings nur dann möglich, wenn stattdessen die breite Masse der Gesellschaft über DAB+ erreicht werde. Ansonsten könne der Rundfunk seinem Versorgungsauftrag nicht mehr nachkommen. Um dies zu erreichen, bedürfe es des Schulterschlusses der Medienpolitik mit dem öffentlich-rechtlichen und dem kommerziellen Rundfunk. Er begrüße im Sinne einer gemeinsamen Migrationsstrategie die Pläne der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, in diesem Jahr eine eigene landesweite Übertragungskapazität für DAB+ für die kommerziellen Anbieter auszuscheiden, damit ab dem Jahr 2023 die eigenen Programme in der geplanten und erworbenen Audioqualität angeboten werden könnten. Der Ausbau der Versorgung werde wie geplant fortgesetzt.

Auf dem Medienmarkt in Schleswig-Holstein gebe es Akteure, die in dem Bericht der Landesregierung keine Erwähnung gefunden hätten, nämlich die freien Produktionsunternehmen. Sie veranstalteten keine eigenen Programme, sondern produzierten für schleswig-holsteinische Medien sowie für Institutionen, Firmen, den Sport und die Kultur. Sie seien ein wichtiger Faktor, weil sie sehr viel Kreativität einbrächten. Freie Produktionsunternehmen lieferten für den NDR zahlreiche Reportagen. Damit die vielfältige Medienwirtschaft in Schleswig-Holstein erhalten bleibe, sei es weiterhin notwendig, solche Unternehmen zu beauftragen.

### **Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks**

Frau Schümann, Vorsitzende des Landesrundfunkrats Schleswig-Holstein, führt aus, der Marktanteil des „Schleswig-Holstein Magazins“ liege bei 35 %. Der entsprechende Marktanteil für die Länderprogramme sei nur in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern noch höher als in Schleswig-Holstein. Im Durchschnitt schalteten jeden Tag mehr als 300.000 Menschen den Fernseher ein, um das „Schleswig-Holstein Magazin“ zu sehen. Insofern sei der NDR ein großer publizistischer Player im Land.

Nach ihrer Wahrnehmung werde in den Debatten über die Höhe des Rundfunkbeitrags ausschließlich über das erste Programm und die gesamte ARD gesprochen. Dabei gehe es in der Regel um Übertragungsrechte für die Fußballbundesliga, den „Tatort“, Unterhaltungsformate und so weiter. In diesem Zusammenhang werde allerdings nie die regionale Berichterstattung erwähnt. Wenn es den NDR in Schleswig-Holstein nicht gäbe, müsste man sich fragen, wo man dann im Fernsehen etwas über die Kultur im Land, die regionale Wirtschaft, die Lage in den Schulen und die Landespolitik erfahren könnte. Gerade die Pandemie habe den Wert des speziellen regionalen Blicks ganz besonders aufgezeigt. Dass der NDR in Zeiten großer Sparzwänge seine Studios im ganzen Land eher noch gestärkt habe, sei aus der Sicht des Rundfunkrats ein sehr starkes Zeichen.

Der NDR bediene auf allen Auspielwegen auch Themen, die sich anderswo weniger fänden, weil er unabhängiger von Auflagen und Marktanteilen agieren könne. Sie nenne beispielsweise die Recherchen und Berichte über die Medikamentenversuche an Heimkindern in den 60er- und 70er-Jahren. In diesem Zusammenhang dürften auch die barrierefreien beziehungsweise barrierearmen Angebote nicht vergessen werden, die in dem Bericht der Landesregierung zu Recht eine breite Erwähnung gefunden hätten. Der Landesrundfunkrat habe sich sehr ausführlich hierüber informieren lassen. Ihrer Meinung nach sei das Engagement des NDR auf diesem Feld äußerst beeindruckend.

Weiterhin habe sich der Landesrundfunkrat intensiv mit dem Angebot zu der Thematik der Regional- und Minderheitensprachen befasst. In dieser Hinsicht wünsche man sich seitens der Politik und auch der Bevölkerung mehr Interessenvertretungen und noch mehr Engagement. Aus der Sicht des Landesrundfunkrats halte sie fest, dass das Engagement des NDR in diesem sehr umfänglichen und nicht gerade einfach zu handhabbaren Bereich bereits sehr groß sei. Gerade im Plattdeutschen und Friesischen werde schon sehr viel unternommen. Auch im Zusammenhang mit einer stärkeren Etablierung der dänischen Sprache im Rundfunk würden mittlerweile interessante Diskussionen geführt.

Der Rundfunkrat des NDR und auch der Landesrundfunkrat Schleswig-Holstein hätten generell einen sehr kritischen Blick auf das Programm. Die kritische Rückmeldung an den NDR und die Befassung mit den Programmbeiträgen sei ein fester Bestandteil der jeweiligen Tagesordnungen der beiden Gremien. Die Mitglieder des Rundfunkrats des NDR sowie des Landesrundfunkrats Schleswig-Holstein sähen sich dabei keinesfalls als Vertreter von Partikularinteressen der entsprechenden Verbände, sondern verstünden sich als gesellschaftliche Vertreter

und hätten insofern die Interessen der Gesamtgesellschaft zu wahren, wie es der Staatsvertrag auch vorschreibe. Ihr Eindruck nach vielen Jahren der Mitarbeit im Rundfunkrat sei, dass sein Feedback durchaus ernst genommen werde.

Sie hält abschließend fest, die Vielfalt in den NDR-Programmen sei gerade in Schleswig-Holstein ausgesprochen groß. Dies liege sicherlich auch an den Regionalstudios. Ein direkter Draht vor Ort sei in diesem Zusammenhang unverzichtbar. Sie persönlich sei davon überzeugt, dass die Berichterstattung im Land ohne die Regionalstudios um einiges ärmer wäre. Ohne Regionalstudios käme man nicht so schnell an Informationen und wäre man nicht so gut vernetzt. Zudem erhielten die Menschen im Land dann keine so umfangreichen Informationen. In den Regionalstudios arbeiteten äußerst engagierte Journalistinnen und Journalisten, die mit einer großen Kreativität versuchten, die Informationen relativ zeitnah und qualitativ gut aufzubereiten. Ihrer Meinung nach wäre die journalistische Landschaft in Schleswig-Holstein ohne den NDR um sehr vieles ärmer.

### **Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein**

#### [Umdruck 19/5974](#)

Herr Dr. Försterling, stellvertretender Direktor der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH), geht in seinem Vortrag auf den digitalen Hörfunk sowie das Gewicht der Mediengattungen für lokale Informationen im Sinne der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 19/5974, ein. Er legt dar, seiner Ansicht nach müssten einmal Überlegungen dahin gehend angestellt werden, wie es gelingen könne, die Verbreitung lokaler Informationen durch andere Übertragungswege, beispielsweise Podcasts sowie Audio- und On-Demand-Angebote, zu befördern und die Vielfalt der Medienlandschaft mit finanziellen Mitteln zu erhalten oder gar auszubauen, und zwar unabhängig von der Frage, aus welchen Fördertöpfen dies möglich sei. Bekanntermaßen sei der Haushalt der MA HSH mehr als ausgeschöpft.

Nach dem Medienstaatsvertrag gebe es fünf Verbreitungsgebiete, in denen regionaler, kommerzieller und nicht kommerzieller Hörfunk möglich sei. Es müsse darüber nachgedacht werden, noch ein weiteres Gebiet hinzuzunehmen. Dies sei schlicht dem Gedanken geschuldet, dass sich Initiativen dort, wo dies rechtlich nicht möglich sei, auch nicht umsetzen ließen.

## Zweites Deutsches Fernsehen

### [Umdruck 19/5992](#)

Herr Köhler vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) trägt vor, der vorliegende Bericht der Landesregierung beschreibe die Medienlandschaft in Schleswig-Holstein aus der Sicht des ZDF sehr präzise, gut und umfassend. Die daraus abgeleitete Analyse in Bezug auf die Herausforderungen für den lokalen und regionalen Journalismus sei seiner Ansicht nach richtig.

Im Gegensatz zum NDR habe das ZDF einen nationalen und dezidiert keinen regionalen Auftrag. Daher sei es nachvollziehbar, dass das ZDF in dem Bericht nicht direkt betrachtet werde. Im Rahmen des nationalen Programmauftrags sei Schleswig-Holstein für das ZDF dennoch von großer Bedeutung. Er gehe daher im Folgenden auf die Akzeptanz und das Engagement des ZDF in Schleswig-Holstein ein.

Er freue sich sehr darüber, dass die Menschen in Schleswig-Holstein die Angebote des ZDF gerne und viel nutzen. Das Hauptprogramm sei im Jahr 2021 mit einem neuen Rekordwert wiederum das am meisten gesehene Programm in Schleswig-Holstein gewesen. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Das Erste der ARD und das sehr beliebte dritte Programm des NDR. Für die Berichterstattung aus Schleswig-Holstein für die Nachrichtensendungen, das „Morgenmagazin“, das „Mittagsmagazin“ und den „Länderspiegel“ sei das Landesstudio des ZDF in Kiel zuständig.

Hermann Bernd, der Leiter des ZDF-Landesstudios Schleswig-Holstein, dürfte sicherlich allen bekannt sein. Das Landesstudio in Kiel sei das einzige Landesstudio im Zweiten Deutschen Fernsehen, das sowohl als Inlands- als auch als Auslandsstudio fungiere. Aus diesem Grund sei es etwas besser ausgestattet als vergleichbare Regionalstudios. Die Kolleginnen und Kollegen im Team von Hermann Bernd deckten neben der Berichterstattung aus Schleswig-Holstein auch die Berichterstattung aus Skandinavien ab. Das Landesstudio in Kiel habe der ZDF-Programmfamilie im vergangenen Jahr rund 500 Beiträge zugeliefert. Schwerpunkte seien neben der Landespolitik unter anderem der Tourismus in Schleswig-Holstein und diesbezüglich die Modellregionen, die Landwirtschaft, Vergleiche zwischen Deutschland und Dänemark beim Umgang mit der Coronakrise, beispielsweise im Bereich der Schule, das Ende des AKW in Brokdorf sowie die Betrachtung von Schleswig-Holstein und Skandinavien in Europa gewesen.

Genauso vielfältig und häufig wie in den Nachrichten und Magazinen komme Schleswig-Holstein beim ZDF auch im fiktionalen Programm vor. An dieser Stelle nenne er nur die Reihen „Nord Nord Mord“, „Solo für Weiss“ und „Nordholm“. Dies seien drei überaus erfolgreiche Reihen, die im ZDF-Hauptabendprogramm liefen. Allein die letzte Folge von „Nord, Nord, Mord“ hätten mehr als acht Millionen Menschen im Fernsehen gesehen. Hinzu kämen weitere Menschen, die die Sendung in der ZDF-Mediathek und bei ZDFneo gesehen hätten.

Das ZDF vertreibe das Programm auch ins Ausland, sodass auch dort sehr viele Menschen mit Schleswig-Holstein und Sylt in Kontakt kämen. Das Programm und die Reihen, die in Schleswig-Holstein produziert würden, seien nicht nur für die Fernsehproduktionslandschaft im Land wichtig, sondern wirkten sich durchaus auch auf den Tourismus aus.

Für die Kulturberichterstattung des ZDF und das Kulturangebot ZDFkultur im Internet seien in Schleswig-Holstein mit der Museumsinsel Schloss Gottorf und der Kunsthalle Kiel zwei interessante und überaus renommierte Kulturpartnerschaften eingegangen worden. Er freue sich darüber, dass mit diesen beiden Institutionen sehr viel im Kulturbereich getan werden könne.

Die Abgeordneten könnten versichert sein, hebt Herr Köhler abschließend hervor, dass das ZDF im Rahmen seines nationalen Auftrags auch in Zukunft gerne für und aus Schleswig-Holstein senden werde.

\*\*\*

In der anschließenden Diskussionsrunde antwortet Herr Thormählen auf die Frage des Abg. Brockmann, wie lange UKW und DAB+ noch parallel betrieben würden, eine Prognose hinsichtlich eines Zeitplans könne er nicht abgeben. Der NDR habe kein Interesse an einem dauerhaften Simulcast-Betrieb über UKW und DAB+, weil dies schlicht zu teuer sei. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) betrachte mittlerweile nur noch den Gesamtaufwand der Hörfunkverbreitung, also die Summe aus UKW und DAB+. Insofern bestehe ein großes Interesse daran, die Phase des Simulcast-Betriebs so kurz wie möglich zu gestalten. Diese Ausführungen beträfen die Senderseite. Die Empfängerseite sehe leider anders aus. In den Haushalten und Autos gebe es Millionen von funktionsfähigen und unkaputtbaren UKW-Empfangsgeräten. Die Menschen nutzten sie und seien mit der Qualität zufrieden. Solange dies der Fall und die Durchdringung mit DAB+ nicht gegeben sei, müsse weiterhin auf UKW gesendet werden.

Die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr habe gezeigt, wie wichtig UKW sei. Wenn Menschen in einer solchen Situation informiert werden müssten, der Strom ausgefallen sei und nur noch batteriebetriebene Geräte verfügbar seien, bräuchten sie UKW-Empfänger, weil DAB+ in solchen Fällen in keiner Weise helfe.

Irgendwann einmal müssten alle Nutzerinnen und Nutzer auf DAB+ umsteigen. Dazu seien eine gute Versorgung und ein entsprechendes Angebot erforderlich. In Schleswig-Holstein sei man diesbezüglich schon sehr weit. Über DAB+ müssten attraktive Programme empfangbar sein, nicht nur die öffentlich-rechtlichen Sender, sondern auch die kommerziellen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Brockmann führt Herr Thormählen aus, in der Tat befinde man sich derzeit in wirtschaftlich fordernden Zeiten. Der NDR habe gerade erst ein großes Kürzungspaket in Höhe von 310 Millionen € für die laufende Beitragsperiode aufgelegt. Dies bedeute, dass alles auf dem Prüfstand stehe, man sich um Effizienz bemühen müsse und der NDR auf einiges werde verzichten müssen. Der Intendant habe aber bereits zum Ausdruck gebracht, dass an die Regionalstudios nur in allerletzter Konsequenz Hand angelegt werde. Insofern würden sie absehbar in der bisherigen Qualität und Stärke weiterbetrieben.

Nichtsdestotrotz sei auch das Landesfunkhaus Schleswig-Holstein in Kiel von Einsparungen betroffen, beispielsweise in Form von Nullrunden beim Programmaufwand. Darüber hinaus stehe es noch anderen Herausforderungen gegenüber. Die Auswirkungen aufgrund der erforderlichen Einsparungen könnten bislang noch mit viel Kreativität gemindert werden. Aber dauerhaft sei selbstverständlich eine angemessene finanzielle Ausstattung erforderlich.

Auf eine Frage des Abg. Weber zu den freien Produktionsunternehmen weist Herr Thormählen darauf hin, dass diese sehr breit aufgestellt seien. Sie hätten viele Auftraggeber und würden gelegentlich auch von Privatsendern beauftragt. Sie arbeiteten auch für den Sport und die Wirtschaft. Der NDR beauftrage sie mit Produktionen, beispielsweise für Reportagen für die 18:15-Uhr-Schiene. Der NDR habe ein großes Interesse daran, dass freie Produktionsunternehmen weiterhin in Schleswig-Holstein ansässig seien. Die Landschaft an freien Produktionsunternehmen im Land sei klein, aber fein. Sie seien als kreativer Input auch für den NDR wichtig.

Im Zuge der vorletzten Einsparrunde beim NDR sei die Wiederholungsrate erhöht worden. Je mehr diese erhöht werde, desto weniger Aufträge erhielten freie Produktionsunternehmen.

Auch steige vor dem Hintergrund der Nullrunden das Honorar, das diese Unternehmen für die Produktion von Reportagen erhielten, nicht in dem Maße wie die Kosten. Insofern gebe es seitens des NDR durchaus Druck auf die freien Produktionsunternehmen.

Frau Schümann zeigt auf eine entsprechende Frage des Abg. Weber auf, die Ausweitung eines Formats von der Qualität des „Schleswig-Holstein Magazins“ sei sicherlich wünschenswert. Sie könne mit Fug und Recht sagen, dass diese Sendung bei Jung und Alt beliebt sei. Ihrer Meinung nach könne dieses Format nur dann aufrechterhalten werden, wenn auch die Infrastruktur zur Verfügung stehe, um die entsprechenden Botschaften versenden zu können. In diesem Zusammenhang nenne sie nur das Thema Regionalität. Ohne Regionalstudios, die gut und qualifiziert arbeiten könnten, lasse sich ein solches Format nicht realisieren. Eine Ausweitung sei schlicht und einfach mit mehr finanziellen Mitteln verbunden. Allerdings habe der Rundfunkrat, der auch die Wirtschaftspläne des NDR verantworten und verabschieden müsse, insbesondere in den vergangenen Jahren ausschließlich Einspar- und keine Ausweitungsrunden erlebt. Darin liege ein großes Problem. Für die Medienversorgung im Land wäre eine Ausweitung von bestimmten Formaten nach ihrem Dafürhalten der richtige Weg. Der Ansatz, das „Schleswig-Holstein Magazin“ auszubauen, würde sicherlich auch im Rundfunkrat auf eine große Zustimmung stoßen.

Für eine stärkere Verankerung von Regional- und Minderheitensprachen in den Medien bedürfe es auch einer guten Vernetzung in den einzelnen Regionen. Sollten Regional- und Minderheitensprachen in die gesellschaftliche Sprachkultur in Schleswig-Holstein eingebunden werden, dann seien eine hohe Regionalität vor Ort sowie der Einsatz von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erforderlich. Dies alles müsse aber auch finanziert werden.

Abg. Harms weist darauf hin, dass der neue NDR-Staatsvertrag am 1. September 2021 in Kraft getreten sei. Eine neue Bestimmung darin sei, dass neben der Regionalsprache Niederdeutsch alle Regional- und Minderheitensprachen regelmäßig und angemessen in den Angeboten berücksichtigt werden sollten. Dies schließe auch die dänische und die friesische Sprache ein. Selbstverständlich könne der Status quo nicht von heute auf morgen geändert werden. Die Angebote, die es bislang für das Friesische gebe, seien schon recht gut. Auch die Ausbildungsgänge für Redakteure für Dänisch und Friesisch könne er nur begrüßen. Das Ziel müsse aber sein, dass die entsprechenden Angebote genutzt würden und die Redakteure auch zum Einsatz kämen. Derzeit werde im Radio und Fernsehen auf Dänisch überhaupt nicht

gesendet. Friesisch sei im Fernsehen ebenfalls nicht vertreten. Im Radio werde lediglich zwei-einhalb Minuten pro Woche auf Friesisch gesendet.

Er mache an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass im MDR auf einer eigenen Frequenz vier Stunden pro Tag auf Sorbisch gesendet werde. Ein finanzielles Problem schein dies für den MDR nicht zu sein. Insofern müsse versucht werden, die Regional- und Minderheitensprachen auch in Schleswig-Holstein zumindest im Radio, mit dem noch immer die meisten Menschen erreicht würden, besser zu verankern.

Abg. Schnurrbusch fragt Herrn Thormählen, wie hoch der Anteil der Produktionen sei, die der NDR an freie Produktionsunternehmen vergabe. - Im Nachgang zur Sitzung berichtet Herr Eilts, Referent des Direktors beim Landesfunkhaus Schleswig-Holstein des NDR, dass das Landesfunkhaus im Jahr 2021 mindestens 1,44 Millionen € für Auftragsproduktionen und die Buchung von Produktionsmitteln - in erster Linie Kamerateams - an Produktionsfirmen ausgeschüttet habe. Einige Projekte seien noch nicht final abgerechnet, sodass die Summe nachträglich noch leicht steigen könne.

Auf die weitere Frage des Abg. Schnurrbusch, wie es gelingen könne, gerade auch die regionale Berichterstattung für jüngere Zielgruppen attraktiver zu machen, zeigt Herr Thormählen auf, die regionalen Themen müssten online gut auffindbar sein und attraktiv angeboten werden. Vermutlich werde es nicht ausreichen, Beiträge aus dem „Schleswig-Holstein Magazin“ irgendwo online zu stellen. Vielmehr müssten diese auf den richtigen Plattformen zur Verfügung gestellt und auch so gestaltet werden, dass sie junge Zielgruppen ansprächen. Dies tue der NDR in den sozialen Medien und auf YouTube. Dort würden die Produktionen aus Schleswig-Holstein im Doku-Channel des NDR gut angenommen. Regionale Angebote müssten hinsichtlich der Qualität letztlich so attraktiv gestaltet werden, dass sie auch mit nationalen und internationalen Angeboten konkurrieren könnten.

Es werde noch ein langer Weg sein, um das, was es an journalistischer Leistung gebe, in der Machart und in der Auspielung so zu konfigurieren, dass damit verlässlich auch viele jüngere Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner erreicht würden. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass es hierfür keine zusätzlichen Planstellen und Mittel geben werde. Insofern werde diese Thematik auch mit einer strukturellen Reform angegangen, wonach die Strukturen nicht mehr nur nach linearem Fernsehen und Hörfunk ausgerichtet würden, sondern

indem das Onlineangebot verstärkt berücksichtigt werde. Er verlange, immer „online first“ zu denken.

Auf eine Frage des Abg. Harms führt Herr Thormählen aus, für den NDR in Schleswig-Holstein sei es eine Herzensangelegenheit, auf Plattdeutsch und Friesisch zu senden. Auch sei dem NDR daran gelegen, irgendwann einmal auf Dänisch zu senden. Allerdings müsse zwischen den Wünschen und dem Machbaren unterschieden werden. In diesem Zusammenhang gehe es nicht ausschließlich um Geld. Das Angebot, das der NDR in plattdeutscher Sprache unterbreite, entspreche auch den neuen Formulierungen im Staatsvertrag. Er räume ein, dass dies beim Friesischen nicht der Fall sei. Dies liege schlicht daran, dass es an Autorinnen und Autoren fehle, die für den Rundfunk und das Fernsehen in friesischer Sprache berichten könnten. Der NDR suche dringend Nachwuchs auf diesem Gebiet.

Ungeachtet der Komplexität des Ganzen werde der NDR im Laufe des ersten Halbjahrs 2022 entsprechende Vorschläge unterbreiten und ein neues Angebot in friesischer Sprache auf den Weg bringen, das auch mit bewegten Bildern verbunden sei. Dies gelte auch für das Dänische. Die Gespräche hierüber liefen bereits und seien auf einem sehr guten Weg. Wichtig sei, dass dies nicht zulasten der jetzigen regionalen Informationen finanziert werden dürfe.

Herr Thormählen antwortet auf eine Frage des Abg. Petersdotter, im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein gebe es rund 80 Planstellen im redaktionellen Bereich und etwas mehr als 100 freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vertraglich an den NDR gebunden seien, deren Beschäftigungsumfänge aber sehr unterschiedlich seien. Freie Journalistinnen und Journalisten könnten im Sinne einer ausgewogenen Work-Life-Balance selbst darüber bestimmen, in welchem Umfang sie tätig werden wollten. Das Zahlenverhältnis zwischen fest angestellten und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei ausgewogen. Der NDR achte immer darauf, dass die Auftragsvolumina für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auskömmlich seien. Er habe nämlich kein Interesse daran, dass sie in andere Regionen oder größere Städte abwanderten, weil sie in Schleswig-Holstein dringend gebraucht würden.

Frau Dr. Hahn, stellvertretende Direktorin der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH), legt auf eine Frage des Abg. Petersdotter dar, die Landesregierung weise in ihrem Bericht unter anderem darauf hin, dass die Finanzierung lokaler Inhalte durch die Werbemärkte sehr schwierig sei. Insofern stehe die MA HSH auf dem Standpunkt, dass für digitale Projekte eine Anschubfinanzierung sinnvoll wäre. Dies könnte zum einen zu einem gewissen

Teil aus dem Rundfunkbeitrag und zum anderen aus Steuermitteln geschehen. Allerdings müsse sichergestellt sein, dass die Abwicklung staatsfern organisiert sei. Die MA HSH stünde durchaus als Projektpartner beziehungsweise Förderer zur Verfügung. Allerdings seien die Möglichkeiten der Unterstützung, die die MA HSH aufgrund ihrer Finanzausstattung derzeit habe, sehr limitiert.

Sie nimmt sodann zu einer vom Abg. Weber aufgeworfenen Frage Stellung und äußert, die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein würde die Streichung der Regelung hinsichtlich der Begrenzung der Zahl der Verbreitungsgebiete für lokale Radios im Medienstaatsvertrag sehr begrüßen. Dies habe sie bereits im Rahmen der schriftlichen Stellungnahme mitgeteilt und sehe sie nach wie vor so. Ihres Wissens seien die fünf Verbreitungsgebiete, die gesetzlich festgeschrieben seien, danach ausgewählt worden, wie Erfolg versprechend die Umsetzung sein könne. Auch wenn für den Bereich Rendsburg bislang noch kein kommerzieller lokaler Hörfunkanbieter gefunden worden sei, wäre die vorgenannte Streichung ihrer Meinung nach sinnvoll. Schließlich sei nicht ausgeschlossen, dass sich auch in anderen Gebieten Schleswig-Holsteins geeignete Anbieter fänden.

Frau Schümann teilt auf eine Frage des Abg. Harms hinsichtlich einer möglichen Neuaufstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit, der Rundfunkrat befasse sich auch mit dieser Thematik. Die aktuellen Rahmenbedingungen, beispielsweise die Reaktion auf neue Situationen und Einsparungen, führten auch intern zu einer ganzen Reihe von Veränderungen, die der Rundfunkrat eng begleite.

Im NDR in Schleswig-Holstein gingen derzeit unter Einbindung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlreiche Neustrukturierungen vorstatten. In diesem Zusammenhang müssten neue Strukturen und Ausspielwege sowie die eingeschränkten Mittel berücksichtigt werden. Dies sei ein mutiger Schritt, der hoffentlich einen entsprechenden Erfolg im Hinblick auf neue Organisationsstrukturen und Abläufe zeitigen werde. Damit solle nicht nur auf finanzielle Einsparungen reagiert, sondern sollten auch die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker berücksichtigt werden. Gerade jüngere Beschäftigte äußerten nicht selten den Wunsch, auch einmal in einem anderen Arbeitsfeld mit einer anderen Qualität und Umgangskultur zu arbeiten. Wichtig sei, das Landesfunkhaus Schleswig-Holstein mit seinen vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einer Medienlandschaft, die sich künftig immer mehr ändern werde, neu aufzustellen und neu zu strukturieren. Es sei nicht gerade einfach, alle Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter dabei mitzunehmen und trotzdem eine gute Berichterstattung zu gewährleisten.

Herr Dr. Kühn antwortet auf eine Frage des Abg. Harms im Hinblick auf die Reduktion der Zahl von linearen Kanälen, der NDR stehe vor einem großen Transformationsprozess. Zum einen nenne er die Reaktion auf das geänderte Nutzungsverhalten, gerade bei jüngeren Menschen. Zwar gebe es auch bei jungen Leuten nach wie vor hohe Einschaltquoten und Reichweiten. Aber insbesondere bei jüngeren Menschen verändere sich das Nutzungsverhalten sehr schnell. Darauf müsse der NDR auch in Form einer Stärkung der nonlinearen Angebote reagieren. Zum anderen hätten es die Rundfunkanstalten in der nonlinearen Welt mit anderen Wettbewerbern zu tun, als sie bislang aus dem dualen System bekannt gewesen seien. Diese beiden Veränderungen führten beim NDR zu einer internen Strukturanpassung, mithilfe derer versucht werde, kraftvoll darauf zu reagieren.

Die Veränderungen in der Digitalisierung fänden disruptiv und sehr schnell statt. Der NDR nehme sich dieses Themas an, weil er die Menschen in den Sendegebeten aufgrund seines Auftrags mit Informationen versorgen müsse. Er sei unabhängig finanziert und werde auch unabhängig beaufsichtigt.

Der NDR befinde sich in einem Spannungsverhältnis, weil er das Neue tun wolle, ohne aber das Alte - Stichworte „arte“ und „3sat“ - zu lassen. In dieser Phase der Transformation werde auch die medienpolitische Diskussion um den Medienstaatsvertrag geführt. Derzeit laufe noch die Anhörung zu den von den Ländern vorgeschlagenen Änderungen. In dem jetzigen Medienänderungsstaatsvertrag gehe es unter anderem darum, den Rundfunkanstalten die Freiheit zu geben, sich innerhalb des geschilderten Spannungsverhältnisses auch von linearen Angeboten zu verabschieden und sie in eine nonlineare Welt zu überführen. In dieser Flexibilisierung stecke eine große Chance, die der NDR gerne nutzen wolle.

Insofern würde er sich sehr darüber freuen, betont Herr Dr. Kühn, wenn der Schleswig-Holsteinische Landtag im Rahmen seiner Beratungen zum Medienänderungsstaatsvertrag dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Allgemeinen und dem NDR im Besonderen die Möglichkeit einräumen würde, flexibel auf die großen Herausforderungen der Zukunft zu reagieren, damit die Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig mit regionalen Nachrichten und Informationen sowie mit internationalen Berichten, aber auch mit Unterhaltung und Kulturangeboten versorgt werden könnten.

Herr Köhler ergänzt, er habe seinerzeit an den Veranstaltungen in Magdeburg teilgenommen, als es in Sachsen-Anhalt um die Zustimmung zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags gegangen sei. Einige Akteure hätten sich dabei sehr deutlich gegen die Regionalität ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit sei auch die Frage aufgeworfen, ob beispielsweise Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk und der Hessische Rundfunk sowie die gesamten Regionalstudios in der heutigen Zeit überhaupt noch notwendig seien und ob durch deren Auflösung gegebenenfalls Einsparungen vorgenommen werden könnten.

Im Hinblick auf die jeweiligen nationalen Angebote habe sich der Gesetzgeber seinerzeit durchaus zu Recht überlegt, weshalb sie beauftragt werden sollten. Aus der Sicht des ZDF seien beispielsweise der Fernsehkanal KiKa für Kinder und Jugendliche, Kulturangebote wie arte und 3sat sowie Informationsangebote wie tagesschau24 und Phoenix auch in Zukunft angemessen, sinnvoll und bedarfsgerecht. ZDFneo sei mittlerweile das acht erfolgreichste Programm in Deutschland, das täglich von sechs bis sieben Millionen Menschen eingeschaltet werde. Diese Angebote würden sehr gut genutzt und deckten inhaltlich ganz spezielle Themen ab.

Auch der ZDF-Fernsehrat habe sich bereits mit dem von Herrn Dr. Kühn angesprochenen Thema Flexibilisierung befasst und eine Stellungnahme dazu abgegeben. Der Fernsehrat begrüße den Gedanken in Richtung einer Flexibilisierung. Er habe aber auch deutlich gemacht, er sei zum jetzigen Zeitpunkt noch der Ansicht, dass die meisten der vorhandenen Angebote sinnvoll und auch linear weiterhin erforderlich seien, weil sie sehr gut genutzt würden. Wie sich die Entwicklung in Zukunft gestalten werde, bleibe abzuwarten. Sicherlich werde das eine oder andere Element der Flexibilisierung genutzt werden können.

Ohne Zweifel habe sich die Mediennutzung in den vergangenen Jahren geändert. In einigen Jahren werde sich die Situation noch ganz anders darstellen. Insofern mache eine Flexibilisierung in der Medienlandschaft durchaus Sinn.

Die Debatte um die Höhe des Rundfunkbeitrags müsse immer auch vor dem Hintergrund der Inflationsrate geführt werden. Da die deutschen Rundfunkanstalten in Zukunft verstärkt auch im Wettbewerb mit großen US-Plattformen stünden, müsse die Frage erlaubt sein, ob es wirklich Sinn mache, diese Debatte immer unter dem Stichwort zu führen, dass der Rundfunkbeitrag auf immer und ewig gleich bleiben müsse. Dabei sei nämlich auch zu berücksichtigen, was der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei und wo er gebraucht werde.

Abg. Weber fragt, ob es aufgrund von Einsparmaßnahmen gegebenenfalls Veränderungen am Regionalstandort des ZDF in Schleswig-Holstein geben werde. - Herr Köhler antwortet, derzeit sei diesbezüglich nichts vorgesehen. Das ZDF wolle sein Inlands- und Auslandsstudio in Kiel beibehalten. Es sei auch staatsvertraglich dazu verpflichtet, in jedem Bundesland ein Landesstudio zu unterhalten. Das ZDF tue dies aber nicht nur aus dieser Verpflichtung heraus, sondern auch weil es dies für richtig erachte und weil dies der regionalen Verankerung zuträglich sei. Wenn das ZDF keinen Inflationsausgleich mehr erhalte und insgesamt sparen müsse, würden sicherlich erst einmal andere Bereiche auf den Prüfstand gestellt. Aber ohne Zweifel würde dann irgendwann auch einmal bei den Landesstudios der Rotstift angesetzt.

An diesem Punkt befinde man sich derzeit noch nicht, auch wenn das ZDF in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen habe abbauen müssen. So habe es allein in den letzten zehn Jahren mehr als 750 Vollzeitstellen abgebaut, was überall spürbar sei. Wenn der Abbau in der bisherigen Form weitergehe, müssten in allen Bereichen Einsparungen vorgenommen und könne nichts ausgeschlossen werden.

### **REGIOCAST GmbH & Co. KG Leipzig/Kiel**

[Umdruck 19/5973](#)

Herr van Loh, Geschäftsführer der REGIOCAST GmbH & Co. KG Leipzig/Kiel, stellt zunächst kurz das Radionetzwerk REGIOCAST und Radio Schleswig-Holstein (R.SH) vor. Sodann geht er im Sinne der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 5973, auf den Aspekt der Refinanzierung der Anbieter ein.

### **Sat.1 Norddeutschland GmbH**

[Umdruck 19/6024](#)

Herr Wissel, Geschäftsführer der Sat.1 Norddeutschland GmbH, trägt die Stellungnahme, Umdruck 19/6024, vor. Er regt an, die regionale Vielfalt im Zuge einer Gesetzgebung zur Medienkonzentration weiterzuentwickeln.

\*\*\*

Auf Fragen des Abg. Petersdotter antwortet Herr van Loh, REGIOCAST habe in Kiel die größte private Nachrichtenredaktion in Deutschland, die von Christiane Hampe, einer sehr versierten Nachrichtenmacherin, geführt werde. Die Programmchefs hätten die Möglichkeit, die Nachrichten zu konfektionieren. Jede Nachricht werde einzeln aufgezeichnet und verschlagwortet. Die Programmchefs könnten aus den entsprechenden Nachrichten auswählen. Eine Software verbinde die einzelnen Nachrichten, sodass die Zuhörerinnen und Zuhörer den Eindruck hätten, eine Person lese einen kompletten Nachrichtenblock an einem Stück vor.

Die Redaktion arbeite unabhängig von der Geschäftsführung, mache ihr normales Tagesgeschäft und gehe ihrer Tätigkeit äußerst professionell nach. Die gute Arbeit überzeuge sehr viele Kundinnen und Kunden, die die Nachrichten bundesweit kauften. Er nenne nur den „Spiegel“, die „Bild“-Zeitung und das RedaktionsNetzwerk Deutschland. Seiner Meinung nach sei REGIOCAST bezüglich der professionellen Nachrichtenerzeugung sehr gut aufgestellt.

Carsten Kock sei ein überaus versierter Chefkorrespondent und habe den Grimme-Preis für seine landespolitische Berichterstattung erhalten. Das Grimme-Institut habe in seiner Würdigung seinerzeit darauf hingewiesen, dass es in Deutschland kaum noch eine landesweit tätige private Radiostation gebe, die sich einen Chefkorrespondenten in dieser Form leiste. REGIOCAST mache dies sehr gerne und auch aus tiefer Überzeugung.

Auf Sylt gebe es ein Regionalstudio. Der Hörfunkmoderator Carsten Köthe und seine Frau hätten vor einiger Zeit ihren Lebensmittelpunkt aus gesundheitlichen Gründen auf Sylt verlegt. REGIOCAST habe daraufhin für diesen verdienten Mitarbeiter der Marke R.SH ein eigenes Außenstudio auf Sylt eingerichtet. Aufgrund des geringen Werbemarktes würden die Kosten dafür nicht eingespült. Selbstverständlich werde aus diesem Studio auch über das lokale Geschehen hinaus berichtet.

Auf eine gleich lautende Frage der Abg. Petersdotter und Weber hinsichtlich der Barrierefreiheit im privaten Fernsehen zeigt Herr Wissel auf, Sat.1 Norddeutschland arbeite mit einem relativ überschaubaren Budget und müsse damit einen Bereich abdecken, der, bis auf Mecklenburg-Vorpommern, dem gesamten Gebiet des NDR entspreche. Aus diesem Grund habe man sich bewusst dafür entschieden, den größten Teil des verfügbaren Budgets in das Programm und die Berichterstattung zu investieren.

Zweifelsohne sei die Barrierefreiheit ein wichtiges Thema. Auch Sat.1 Norddeutschland mache sich immer wieder Gedanken darüber, wie diese im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten am besten umgesetzt werden könne. Auf Facebook würden täglich fünf Beiträge mit automatisierter Audiotranskription zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus würden ausgewählte Beiträge nachträglich manuell transkribiert und bei YouTube eingestellt. Dies sei sicherlich noch nicht das „Ende der Fahnenstange“, sondern zunächst einmal der Versuch, etwas mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Der Gesetzgeber habe in gewisser Weise auch den Auftrag der regionalen Fensterprogramme im privaten Bereich vorgegeben. Sat.1 Norddeutschland sei ebenfalls gebührenfinanziert, habe aber letztlich nur einen Gebührenzahler, nämlich den Hauptveranstalter Sat.1. Im Rahmen dieses Auftrags sei das Thema Barrierefreiheit nicht explizit ausgewiesen. Insofern könne es im Grunde genommen nicht angehen, einen Teil des Budgets, das eigentlich zur Erfüllung des publizistischen Auftrags erforderlich sei, für den Einsatz barrierefreier Technologie zu verwenden.

Auf eine weitere Frage des Abg. Petersdotter zur Zukunft der regionalen Berichterstattung verdeutlicht Herr Wissel, der Gesetzgeber gebe im Medienstaatsvertrag vor, was die Sat.1 Norddeutschland GmbH als Regionalfensterveranstalter zu tun habe. Dies umfasse die aktuelle und authentische Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in dem jeweiligen Land. Daher müsse auch in Schleswig-Holstein sozusagen eine Melange aus allen Themenbereichen gebildet werden. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, was wichtig sei und was nicht.

Gerade in der heutigen Zeit stünden viele wichtige Aspekte hinter dem alles beherrschenden Thema Corona zurück, was aus seiner Sicht sehr bedauerlich sei. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer sei wichtig, dass sie nicht nur Informationen darüber erhielten, was in Sachen Corona in Berlin beschlossen werde. Sie müssten auch darüber informiert werden, welche Auswirkungen dies auf sie in den jeweiligen Ländern habe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die trotz der Pandemie vor Ort seien, durch Schleswig-Holstein reisten und Stellungnahmen einholten, täten jeden Tag ihr Bestes, um die Bürgerinnen und Bürger adäquat und umfassend zu informieren.

Für die Zukunft müsse ein Schwerpunkt auf die Frage gelegt werden, was der Anspruch an die regionale Berichterstattung sei. Es sei die Frage aufzuwerfen, was auf den Weg gebracht

und erreicht werden solle, damit die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft mit Qualitätsjournalismus aus ihrer jeweiligen Region versorgt würden. Damit dies gelinge, müssten gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, wozu auch eine auskömmliche Finanzierung der Aufgaben gehöre.

Abg. Brockmann erkundigt sich, ob es sinnvoll wäre, Mittel zur Finanzierung der regionalen Berichterstattung beispielsweise auch aus dem Rundfunkbeitragsaufkommen zur Verfügung zu stellen.

Herr Wissel legt dar, die ProSiebenSat.1 Media SE habe schon vor einiger Zeit einmal danach gerufen, bestimmte Bereiche gegebenenfalls über Gebühren zu finanzieren. Bei Inhalten und Formaten, die sich von allein nur sehr schwer finanzieren ließen, könne dies durchaus eine Idee sein. Er sei davon überzeugt, dass ein privates Unternehmen auch gewisse gesellschaftliche Aufgaben übernehmen müsse, die sich ein Stück weit selbst finanzierten. Dafür seien keine unmittelbaren öffentlichen Leistungen erforderlich. Allerdings bedürfe es einer größtmöglichen Flexibilität, um den jeweiligen Ertrag überhaupt zu erwirtschaften. In dieser Hinsicht gebe es durchaus noch Luft nach oben.

Die Sat.1 Norddeutschland GmbH sei letztlich nur Teil eines Komplexes und ein Fensterprogramm, das einen bestimmten Auftrag ausführe und eine eigene Zulassung habe. Die Finanzierung müsse im Rahmen dieses Auftrags durch den Hauptveranstalter sichergestellt werden. Die Flexibilität hinsichtlich der Erwirtschaftung des Ertrags setze insofern eher beim Hauptveranstalter an.

Herr van Loh fügt hinzu, er schließe eine Finanzierung der regionalen Berichterstattung über den Rundfunkbeitrag nicht komplett aus, betrachte dies aber als letzte Möglichkeit. Im Grunde genommen müsse der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen für die privaten Rundfunkanstalten schaffen, die verhinderten, dass Journalismus in irgendeiner Form aus öffentlichen Mitteln finanziert werde.

Äußerst bedauerlich sei, dass Amazon sowohl dem öffentlich-rechtlichen als auch dem privaten Rundfunk bei dem sprachgesteuerten Assistenten Alexa, der immer mehr Marktanteile gewinne, kein Geotargeting ermöglichen wolle. Wenn Alexa eingesetzt werde, wüssten die Rundfunkanstalten nicht, ob die Anfrage beispielsweise aus München oder aus Kiel komme.

Dies habe Auswirkungen beim Targeting in Bezug auf die Werbung und auch auf lokale Inhalte. Großkonzerne wie Amazon müssten, weil sie dies aus freien Stücken sicherlich nicht täten, vom Gesetzgeber gezwungen werden, den Rundfunkanstalten diese Art der Ausspielung zu ermöglichen.

Herr Wissel unterstreicht, der Gesetzgeber müsse die jeweiligen Mechanismen ein Stück weit steuern und Leitplanken vorgeben, damit kleine Unternehmen gegen Großkonzerne bestehen könnten. In Zukunft müsse verstärkt über den Kampf von Klein gegen Groß im Wettbewerb gesprochen werden.

**Dr. Christian Möller,**  
**Professor am Fachbereich Medien an der Fachhochschule Kiel**

[Umdruck 19/5975](#)

Herr Dr. Möller, Professor am Fachbereich Medien an der Fachhochschule Kiel, spricht die einzelnen Punkte der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 19/5975, an.

**Deutscher Journalisten-Verband e. V.**  
Landesverband Schleswig-Holstein/Bundesgeschäftsstelle

[Umdruck 19/6021](#)

Frau Geißlinger, Mitglied des Landesverbands Schleswig-Holstein des Deutschen Journalisten-Verbands, gibt einen Überblick über die schriftliche Stellungnahme, Umdruck 19/6021, greift in diesem Zusammenhang den Aspekt der angemessenen Honorare für Journalistinnen und Journalisten heraus und stellt einige Ideen zur Finanzierung des Journalismus vor.

**Jugendpresse Schleswig-Holstein e.V.**

[Umdruck 19/6034](#)

Herr Nuhn, Vorstand der Jugendpresse Schleswig-Holstein, geht auf die einzelnen Punkte in der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 19/6034, ein.

**DGB Bezirk Nord**

[Umdruck 19/6013](#)

Herr Ritter, beim DGB Bezirk Nord zuständig für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, trägt die Punkte aus der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 19/6013, vor.

\*\*\*

Auf eine Frage des Abg. Petersdotter antwortet Herr Dr. Möller, er habe sich schon vor Jahren intensiv mit der Stiftungsfinanzierung befasst und sei zu der Auffassung gelangt, dass dieses Modell in Deutschland nicht das ersetzen könne, was privatwirtschaftlich und öffentlich-rechtlich organisiert sei. Die Maßnahmen im privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Bereich könnten schneller, dynamischer und nachhaltiger umgesetzt und im Rahmen der Gemeinnützigkeit nicht aufgefangen werden. Nichtsdestotrotz biete es sich an, einzelne Projekte und Menschen sowie die Aus- und Weiterbildung, auch für freie Journalistinnen und Journalisten, zu fördern. Freie Journalistinnen und Journalisten seien im Journalismus gang und gäbe, aber erfahrungsgemäß nur sehr schwer für Fortbildungen zu gewinnen, weil sie etwas kosteten und die Journalistinnen und Journalisten während der Fortbildungen kein Geld verdienten. Der Schwerpunkt der Fortbildung müsse seiner Ansicht nach in den neuen Bereichen liegen. In diesem Zusammenhang nenne er nur Onlineformate, Podcasts und den mobilen Journalismus.

Von dem Abg. Weber auf das Thema Forschung im Bereich der Medienwirtschaft angesprochen, zeigt Herr Dr. Möller auf, in der Hochschullandschaft seien bereits einige Häuser auf diesem Gebiet tätig. Dabei gehe es um strukturelle und auch technische Veränderungen, Stichwort „Smart Speaker“, die Herr van Loh bereits angesprochen habe. Die Funktionsweise und Verfasstheit von Medien und Plattformen, die Internet Governance sowie die Gesamtheit des Regelungshandelns auf den jeweiligen Plattformen müssten erst einmal verstanden werden, um dann zielgerichtete Maßnahmen vorschlagen zu können.

Frau Geißlinger führt auf eine Frage des Abg. Rossa hinsichtlich der Konkurrenz zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Medienangeboten aus, über Gemeindevertreter-sitzungen kleinerer Kommunen werde nun einmal nicht in der „Tagesschau“ berichtet. Die Stärke lokaler Berichterstatte-rinnen und Berichterstatte-r sei, dass sie vor Ort vertreten seien und insofern adäquat und zeitnah über lokale und regionale Vorkommnisse berichten könnten. Sie meine, dass die Menschen durchaus bereit seien, etwas dafür zu bezahlen, wenn ihnen der Zugang zu den jeweiligen Informationen auch leicht gemacht werde. Dies sei ein geeigneter Weg, um die Leserschaft abzuholen. Da die Zukunft in der Digitalisierung liege, müsse ein

Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es sich lohne, das entsprechende Produkt zu erwerben.

Frau Geißlinger geht sodann auf eine Frage des Abg. Weber ein und erläutert, das Thema Scheinselbstständigkeit spiele bei Journalistinnen und Journalisten durchaus eine Rolle. Der Begriff „Scheinselbstständigkeit“ bedeute allerdings nicht, dass es nur einen Auftraggeber gebe. Vielmehr mache sich dies auch an der Ausgestaltung der Beschäftigung und so weiter fest. Der Tatbestand der Scheinselbstständigkeit werde schon seit einigen Jahren stärker kontrolliert und überprüft.

Viele Journalistinnen und Journalisten arbeiteten für regionale Tageszeitungen, wenn auch oft zu nicht angemessenen Honoraren, weil sie dadurch in der Region bekannt seien, Menschen kennenlernten und sich vielleicht die Chance ergebe, auch von anderen Unternehmen oder Institutionen einen Auftrag zu erhalten.

Abg. Petersdotter fragt, ob der Betrag in Höhe von 220 Millionen €, der der Presse seitens des Bundes in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt werde, gut angelegtes Geld sei und wie diese Mittel verwendet würden. - Frau Geißlinger sagt zu, die Antwort auf diese Frage schriftlich nachzureichen (siehe Anlage 1).

Herr Ritter antwortet auf eine Frage des Abg. Weber, die Forderung nach Förderprogrammen für Journalistinnen und Journalisten richte sich weniger an die Landesregierung als an die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen und Brandenburg seien bereits Förderprogramme aufgelegt worden, um Journalistinnen und Journalisten weiterzubilden und Start-ups zu finanzieren. Er bitte die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, auch einmal über den Tellerrand hinauszuschauen, um die Medienvielfalt in Schleswig-Holstein mit Förderprogrammen weiterhin zu stärken.

Abg. Weber wirft die Frage auf, inwieweit auch die Herausgeber von Schülerzeitungen in die Fort- und Ausbildung einbezogen werden könnten, um deren Medienkompetenz zu stärken.

Herr Nuhn legt dar, andere Bundesländer förderten die Neugründung von Schülerzeitungen. So leisteten Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hierfür eine finanzielle

Unterstützung. Ein bundesweiter Vergleich mache deutlich, dass in Deutschland insgesamt mittlerweile mehr Schülerzeitungen herausgebracht würden.

Die Jugendpresse biete das Programm „Mobile Medienakademie“ an, im Rahmen dessen Schulen und Jugendeinrichtungen an ein, zwei Nachmittagen oder auch an einem ganzen Schultag besucht würden und die Schülerinnen und Schüler Informationen an die Hand bekommen.

Weitere Angebote seien die Reporterfabrik, die vor allen Dingen Bürgerinnen und Bürger journalistisch fortbilde. Seines Wissens biete sie auch Informationen für die Herausgeber von Schülerzeitungen an. Daneben gebe es das Projekt „Zeitung in der Schule“, kurz: ZiSCH. Auch Reporterinnen und Reporter beispielsweise des „Spiegels“ und der „Zeit“ besuchten Schulen und sprächen mit den Schülerinnen und Schülern.

Er sei der festen Überzeugung, dass Schülerzeitungen, aber auch andere Schülermedien wie beispielsweise Schülerradios durchaus unterstützenswert seien. Denn wenn junge Menschen bereits zu diesem Zeitpunkt feststellten, dass die Arbeit für Medien nichts für sie sei, erspare dies abgebrochene Ausbildungen. Sie könnten dann gleich von Anfang an die richtige Studienwahl treffen. Insofern könne er die Politik nur dazu ermuntern, den Bereich Medien in der Schule noch stärker zu unterstützen. Schließlich werde dort der Grundstein gelegt, um zu verstehen, wie Medien funktionierten, und letztendlich aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger zu haben.

(Unterbrechung von 13:00 bis 14:00 Uhr)

### **Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland e.V.**

[Umdruck 19/6008](#)

Frau Dr. Boss, Geschäftsführerin des Verbands der Zeitungsverlage Norddeutschland, geht überblickartig auf die vier Punkte der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 19/6008, ein.

## Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG

Herr Gleie, Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag GmbH & Co. KG (sh:z), stellt zunächst sich und das Unternehmen vor. Sodann nimmt er anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 2) Stellung zu dem Bericht der Landesregierung zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein.

\*\*\*

Auf Fragen des Abg. Petersdotter antwortet Frau Dr. Boss, in den Verlagshäusern in Schleswig-Holstein betrage die Tarifbindung mehr als 50 %. Herr Gleie habe bereits in seiner Präsentation darauf hingewiesen, dass zwischen 2011 und 2021 zahlreiche Redakteurinnen und Redakteure neu eingestellt worden seien.

Sie höre immer wieder, dass der Beruf der Redakteurin beziehungsweise des Redakteurs mittlerweile nicht mehr so geschätzt werde, wie dies früher einmal der Fall gewesen sei. Dies werde beispielsweise auch daran deutlich, dass sich kaum noch Volontäre bewerben würden. Zur Wahrheit gehöre aber selbstverständlich auch, dass sich die Branche in einer Transformationsphase befinde. Geringere Bewerberzahlen spiegelten sich aber nicht nur im Bereich des Volontariats wider, sondern dies betreffe alle Berufsgruppen und sei ein großes gesellschaftspolitisches Thema. Unter dem Strich gebe es weniger junge Leute, die qualifizierte Tätigkeiten ausüben könnten. Viele Menschen hätten auch schlicht keine Lust, den Beruf des Redakteurs zu ergreifen, weil sich das Berufsbild und die Arbeitsweise in den vergangenen Jahren deutlich geändert hätten. Diesem Problem könne selbst durch die Zahlung von angemessenen und auskömmlichen Gehältern nicht begegnet werden.

Die Lokal- und Regionalpresse könne ihrer Ansicht nach nur dadurch gestärkt werden, dass sie aufrechterhalten und im Idealfall erweitert und ausgebaut werde.

Herr Gleie berichtet, die Zeitungsbranche sei noch vor 20 Jahren neben dem Bergbau und der Chemie die am besten bezahlende Branche in Deutschland gewesen. Dies habe sich im Laufe der vergangenen Jahre grundlegend geändert. Bevor er im Jahr 2011 mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag aus dem Tarifgefüge ausgetreten sei, habe er mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darüber gesprochen. Er habe ihnen die wirtschaftliche Situation

des Verlags erläutert und darauf hingewiesen, dass die größte Herausforderung und sein größtes Anliegen die Sicherung der Arbeitsplätze seien. Dieses Ziel könne ausschließlich mit einer individuellen Vergütungsstruktur, die immer wieder überprüft werden müsse, umgesetzt werden.

Wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen immer enger würden, wie dies in den vergangenen zehn Jahren der Fall gewesen sei, habe er keinen Spielraum mehr, die Personalkostenquote, die mittlerweile 50 % des Umsatzes ausmache, nach oben zu schrauben. Dann bleibe in letzter Konsequenz nur die Möglichkeit, einen strukturierten Personalabbau über einen Sozialplan durchzuführen. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wüssten, dass er dies als letztes Mittel sehe und auf keinen Fall wolle. Forderungen seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach mehr Geld werde im Unternehmen individuell nachgekommen.

Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag habe das Kurzarbeitergeld während der Coronapandemie nicht aufgestockt, weil der Geschäftsführung damals noch nicht bekannt gewesen sei, wie sich die wirtschaftliche Situation im Laufe der Zeit entwickeln und ob das Unternehmen in der Pandemie möglicherweise gezwungen sein werde, signifikante Personalmaßnahmen durchzuführen. Diese seien zum Glück nicht notwendig gewesen, weil das Unternehmen ein Stück weit auch von den steigenden Zugriffszahlen aufgrund der angespannten Nachrichtenlage profitiert habe.

Als die Geschäftsführung des sh:z festgestellt habe, dass das Jahr 2020 nicht in eine wirtschaftliche Katastrophe führe, habe es als eines der ganz wenigen Unternehmen in der Branche den vollen Coronabonus in Höhe von 1.500 € pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter ausgeschüttet. Der Verlag sei auch im Jahr 2021 gut über die Runden gekommen, sodass wiederum 1.500 € an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezahlt werden könnten.

Die Geschäftsführung nehme den Wunsch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach mehr Geld durchaus wahr und versuche, ihm flexibel im Wege einer außerordentlichen Zahlung zu begegnen. Diese lasse dem Unternehmen die Flexibilität, sich wirtschaftlich so aufzustellen, dass am Ende alle Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Dies sei die Maxime des Unternehmens.

Er sei der Auffassung, dass alle guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zukunft gebraucht würden, um den Transformationsprozess bewerkstelligen zu können. Dieser Strategie folgten

bedauerlicherweise nicht alle Unternehmen. Der sh:z tue dies mit der vollen Rückendeckung auch der Gesellschafter.

Auf eine Frage des Abg. Brockmann zum Teufelskreis zwischen steigenden Kosten für die Verlage und steigenden Preisen für die Abnehmer von Verlagsprodukten sowie einer Verringerung der lokalen Berichterstattung legt Herr Gleie dar, der digitale Transformationsprozess werde mit einem geringfügig aufgebauten Mitarbeiterstab realisiert. Zweifelsohne leide die Berichterstattung in den Zeitungen aufgrund der Umsetzung des Grundsatzes „digital first“. Da auch ihm dies missfalle, sei ein Projekt mit dem Namen „Lesewert“ auf den Weg gebracht worden, das sich ausschließlich mit der Frage befasse, welche lokalen und sublokalen Informationen für die Userin beziehungsweise den User zwingend notwendig seien. Diese Informationen würden dann von den Userinnen und Usern reflektiert und zurückgemeldet. Der sh:z werde selbstverständlich alles dafür tun, damit sein Alleinstellungsmerkmal, nämlich die lokale und sublokale Berichterstattung, wieder stärker in den Vordergrund rücke.

Auf die Nachfrage des Abg. Brockmann, wie lange der Transformationsprozess dauern werde, zeigt Herr Gleie auf, dies sei abhängig davon, wie schnell Land und Politik die dafür notwendige digitale Infrastruktur zur Verfügung stellten. Er gehe derzeit davon aus, dass der Transformationsprozess fünf Jahre dauern werde.

Er weist ergänzend darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein im Druckbereich einen ausgeprägten Konzentrationsprozess gebe. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag sei Teil dieses Prozesses. Er rechne damit, so Herr Gleie, dass es gedruckte Zeitungen noch eine Generation lang geben werde. Daher rühre auch die Forderung nach einer Unterstützung für die teure Zeitungszustellung. Irgendwann werde der sh:z nicht mehr 109.000 Abonnements haben wie noch im vergangenen Jahr, sondern nur noch 60.000, weil die Nachrichten künftig eher digital abgerufen würden. Aber auch diese geringere Zahl an Zeitungen werde noch gedruckt.

Auf eine Frage des Abg. Rossa führt Frau Dr. Boss aus, selbstverständlich stünden der öffentlich-rechtliche Rundfunk und private Medienanbieter miteinander im Wettbewerb. Die Berichterstattung der „Tagesschau“ sei presseähnlich. Die „Tagesthemen“ griffen mittlerweile nicht nur überregionale, sondern auch regionale Themen auf. Dies stelle eine Grenzüberschreitung dar und sei eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der Verlage, weil die öffentlich-rechtlichen

Rundfunkanstalten im Gegensatz zu privaten Medienanbietern am freien Markt schließlich alimentiert würden. Der Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland habe zusammen mit dem Bundesverband bis zum Gerichtshof gegen die presseähnliche Berichterstattung geklagt. Die einzelnen Sendeanstalten hielten allerdings unverändert daran fest. Frau Schlesinger, die neue Vorsitzende der ARD, sei aber bemüht, mit den Verlegern diesbezüglich eine Regelung zu finden.

Herr Gleie fügt hinzu, seiner Meinung nach gehöre Wettbewerb zum Geschäft. Mittlerweile gebe es aber zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten Medienanbietern einen unlauteren Wettbewerb. So berichteten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Zuge der Digitalisierung mit ihren Digitalangeboten immer presseähnlicher. Dies könnten die privaten Medienanbieter sicherlich aushalten. Im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung könne es allerdings nicht angehen, dass der Rundfunkbeitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer wieder erhöht werde. Infolge der letzten Beitragserhöhung flössen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten über 200 Millionen € mehr zu. Da die privaten Medienanbieter diese Form von Wettbewerb nicht aushielten, müssten sie sich mit allen Mitteln dagegen wehren.

Bezug nehmend auf eine Frage des Abg. Kilian, erinnert Frau Dr. Boss daran, Herr Gleie habe bereits darauf hingewiesen, dass der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag den Coronabonus in voller Höhe an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeschüttet habe. Die Mediengruppe MADSACK habe ihres Wissens keinen Coronabonus gezahlt, dafür aber das Kurzarbeitergeld auf 90 % beziehungsweise 100 % aufgestockt.

Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) zeichne für den Flächentarifvertrag der Redakteurinnen und Redakteure verantwortlich. Die Arbeitgeberseite habe in Bezug auf Coronazahlungen bereits ein entsprechendes Angebot abgegeben. Insofern werde der Coronabonus, sofern er durch die Häuser nicht direkt ausgezahlt werde, den Redakteurinnen und Redakteuren im Zweifel über die tarifvertragliche Ebene zugutekommen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Kilian hinsichtlich der sogenannten Kiosklösung für den Erwerb von Einzelberichten aus Tageszeitungen zeigt Herr Gleie auf, der Digitalkiosk Blendle biete diese Form des Verkaufs von einzelnen Zeitungsartikeln an, sei damit aber wirtschaftlich nicht erfolgreich. Er stehe auf dem Standpunkt, so Herr Gleie weiter, dass alles, was Journalisten, Freiberufler und Redakteure ins Netz stellten, bezahlt werden müsse. Der sh:z habe bei

seinem Onlineangebot von Anfang an eine Bezahlschranke eingebaut. Der Abschluss eines Basisabonnements zwischen 6,90 € und 9,90 € pro Monat ermögliche den Abruf der entsprechenden Informationen. Dies sei seiner Ansicht nach ein fairer Preis.

Journalistische Inhalte ohne entgeltliche Leistung könnten heutzutage nicht mehr bedingungslos geteilt werden. Die Verlage und die Hörfunksender hätten mittlerweile die Verwertungsgesellschaft Corint Media GmbH gegründet, die mit Google, Facebook, Amazon und so weiter über die Inhalte verhandele, die diese verbreiteten. Das Bundeskartellamt habe erst in den vergangenen Wochen darauf hingewiesen, dass es gerade untersuche, ob Google durch die Verwertung von Inhalten seine Marktmacht missbräuchlich ausübe. Er gehe davon aus, dass die Corint Media GmbH mit Google künftig ein Abkommen schließen werde, wodurch signifikante Millionenbeträge an die Verlagswirtschaft ausgeschüttet werden könnten.

Auf Fragen der Abg. Weber und Harms äußert Herr Gleie, die Zeitungsverlage hätten in den vergangenen Jahren mit großer politischer Unterstützung insbesondere der sozialdemokratisch regierten Länder versucht, das Thema Förderung der Zustellinfrastruktur, bezogen auf die Abonnements der Tageszeitungen, auf die Agenda zu setzen. Dieses Modell sei daran gescheitert, dass es auch Unternehmen gebe, die keine Tageszeitungen zustellten, sondern die Nachrichtenmagazine über die Post versendeten und auch an einer Förderung interessiert seien. Dadurch sei das Vorhaben, die Zustellung von Tageszeitungen zu fördern, verwässert und im Zuge des Vorwahlkampfes dann nicht mehr weiterverfolgt worden.

Problematisch sei, dass die Zeitungsverlage derzeit kaum noch Zustellerinnen und Zusteller fänden. Die Menschen seien schlicht nicht mehr dazu bereit, nachts zu arbeiten, egal, ob in einer Druckerei oder im Zustellbereich. Die Produktion in den Druckereien könne aufgrund des Personalmangels schon heute zum Teil nicht mehr sichergestellt werden. Das Thema Mindestlohn spiele in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle.

Die umsatzsteuerbefreite Zustellung von Zeitungen hätte den Vorteil, dass es branchenintern keine Diskussionen mehr gebe. Abonnements von Tageszeitungen würden schon heute mit dem reduzierten Steuersatz von 7 % belastet. Insofern wäre der Sprung auf 3 % oder sogar 0 % nach seinem Dafürhalten relativ leicht umsetzbar. Hierfür sei auf europäischer Ebene sicherlich das eine oder andere Zustimmungserfordernis notwendig, das aber durchaus eingeholt werden könne.

Er weist darauf hin, dass er das vom Abg. Harms in seiner Frage angesprochene dänische Förderkonzept für Printmedien - Förderung der Distribution, Innovationsfonds und Kredite - favorisiert und im Bundesverband einmal vorgestellt habe. Dieser habe allerdings die Meinung vertreten, es müsse mit aller Macht darauf geachtet werden, dass die Berichterstattung politisch unbeeinflusst bleibe. Dies sei ein zwingendes Muss, dem nichts hinzugefügt werden könne.

Der Innovationsfonds in Dänemark zeige zwar einen gangbaren Weg auf, habe aber einen entscheidenden Nachteil. So säßen in dem sogenannten Media Board des dänischen Innovationsfonds neben Universitätsprofessoren auch Vertreter des Kultusministeriums. Aus den Fondsmitteln werde auf Antrag die journalistische Intensität von digitalen und analogen Produkten gefördert. Der Bundesverband habe auch über eine solche Fondslösung diskutiert, sei aber schlussendlich zu dem Ergebnis gelangt, dass sie zu nah an der direkten politischen Förderung sei, die unbedingt ausgeschlossen werden müsse.

Auf die Frage des Abg. Petersdotter, ob der Zuwachs an Redakteurinnen und Redakteuren zwischen 2011 und 2021 organische oder anorganische Gründe habe, antwortet Herr Gleie, der sh:z habe den letzten Zukauf im Jahr 2013 getätigt. Seinerzeit sei ein Anzeigenblattverlag erworben worden. Seitdem sei der Personalbestand organisch gewachsen, also aus den erarbeiteten Überschüssen zusätzliches Personal eingestellt worden. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag sei nur mit zusätzlichem Personal in der Lage, den Transformationsprozess gut zu managen.

Auf weitere Fragen des Abg. Petersdotter bringt Herr Gleie zum Ausdruck, gedruckte Zeitungen werde es weiterhin geben. Der sh:z habe heute auch aufgrund der digitalen Angebote mehr zahlende Kundinnen und Kunden in Schleswig-Holstein als jemals zuvor. Das Tageszeitungsabonnement koste rund 50 €, wohingegen das Digitalabonnement mit lediglich etwa 10 € zu Buche schlage. Wenn sich mehr Kundinnen und Kunden für das Digitalabo entschieden, gehe dem sh:z ein Deckungsbeitrag verloren, der ihm selbstverständlich wehtue. Die Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags habe Zukunft. Die Unternehmensgruppe sei im Bereich der Regionalzeitungen deutschlandweit am erfolgreichsten.

Der sh:z greife auf Meldungen aus den Agenturen zurück und könne aufgrund dadurch freigewordener Ressourcen den Lokal- und Digitalbereich stärken. Die Zeitungsgruppe in Schleswig-Holstein sei vor sechs Jahren von zwei Gesellschaften aus Niedersachsen übernommen

worden, weil es in Schleswig-Holstein aufgrund von Erbgängen mittlerweile mehr als 70 Gesellschaften gegeben habe, die nicht „unter einen Hut hätten gebracht“ werden können. Seitdem arbeiteten die Redaktionen im überregionalen Bereich sehr intensiv zusammen. Dies habe sich insbesondere auf die Politik- und Wirtschaftsteile der einzelnen Tageszeitungen positiv ausgewirkt.

Herr Gleie antwortet auf Fragen des Abg. Brockmann, Pläne, für lokale Zeitungen auch andere Verbreitungsgebiete zu erschließen, seien nicht zu bezahlen. So müsste beispielsweise für die Zustellung der „Kieler Nachrichten“ im Verbreitungsgebiet der „Eckernförder Zeitung“ ein eigenes System aufgebaut werden, das unbezahlbar sei. Selbstverständlich stehe es jedem frei, zum Beispiel die „Kieler Nachrichten“ in digitaler Form auch andernorts zu abonnieren. Er könne aus Erfahrung berichten, dass das digitale Angebot des sh:z landesweit genutzt werde und nicht nur auf die Verbreitungsgebiete der einzelnen Zeitungen bezogen sei. Daran werde deutlich, wie die Medienpluralität durch das digitale Angebot gestärkt werde.

Die Frage des Abg. Brockmann, ob die Schlichtungsstelle des Bundesverbands Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) schon einmal angerufen worden sei, verneint Frau Dr. Boss. Sie zeigt auf, Zeitungsverlage stritten sich immer wieder mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Derzeit berichte der MDR sehr presseähnlich. Nach ihren Informationen habe sich der BDZV bislang noch nicht durchgerungen, diesbezüglich die Schlichtungsstelle anzurufen. Gleichwohl sei gegenüber dem MDR eine Rüge ausgesprochen worden. Vermutlich werde es nicht mehr lange dauern, bis das juristische Konstrukt der Schlichtungsstelle des BDZV erstmals angerufen werde.

### **Offener Kanal Schleswig-Holstein**

Herr Jentsch, stellvertretender Leiter des Offenen Kanals Schleswig-Holstein, stellt sich und seine Arbeit kurz vor.

Herr Fietze, Leiter des Offenen Kanals Schleswig-Holstein, führt aus, der Offene Kanal sei landesweit als Sender für Bürgerinnen und Bürger sowie als Anbieter von Medienbildung aktiv, sowohl linear als auch nonlinear. Standorte seien Kiel, Lübeck, Flensburg und Heide. Darüber hinaus gebe es ein Außenstudio in Husum. Der Offene Kanal biete Radio und Fernsehen und sei landesweit größte Anbieter von fachlicher Medienkompetenz. Auch habe er im Rahmen

der Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags die Minderheiten- und Regionalsprachen besonders im Blick.

Der Offene Kanal Schleswig-Holstein befinde sich in einem ständigen Transformationsprozess, weil er verpflichtet sei, nah an den Bürgerinnen und Bürgern zu sein. Die Transformation geschehe einerseits durch wirtschaftliche Einflüsse und andererseits maßgeblich durch die zum Teil daraus resultierenden neuen Nutzungsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger.

Der Offene Kanal lebe von Beiträgen von Bürgerinnen und Bürgern über lokale und regionale Themen, die sie sozusagen vor der eigenen Haustür bewegten, und produziere nicht selbst. Dadurch könne landesweit eine Vielfalt abgebildet werden, für die der OK aktiv nicht zu sorgen brauche. Der Offene Kanal produziere rund 80 % seiner Inhalte lokal und regional, sei es ein Festivalmitschnitt einer Band, ein Literaturwettbewerb oder eine Gremiensitzung.

Im Hörfunkbereich gebe es die sogenannten Radiokisten, die Jahr für Jahr intensiviert würden. Sprache diene der Artikulation und werde durch auditive Nutzung stark gefördert. FriiskFunk, der allseits bekannte friesische Radiosender, sei im Sendegebiet des OK Westküste weit verbreitet. Im Jahr 2022 sollten das Niederdeutsche und auch Romani als anerkannte Minderheitensprache in Schleswig-Holstein noch stärker abgebildet werden.

Die Zahl der Produzentinnen und Produzenten sei in Coronazeiten nicht gestiegen. Der Zugang zu den Sendern erfolge aktuell nach der 2-G-Regelung. Aber die gemeinsame Arbeit einer Jugendgruppe von 20 Personen in einem Radiostudio mit einer Größe von vielleicht 15 m<sup>2</sup> sei derzeit nicht möglich. Mitschnitte von Konzerten und öffentlichen Veranstaltungen, die das Programm des Offenen Kanals aktuell hielten und attraktiv machten, könnten derzeit nur sehr schwer beziehungsweise gar nicht gemacht werden.

Der Hörfunk, der bei Jugendlichen in jüngerer Zeit von Spotify und auch Podcastformaten abgelöst worden sei, habe in Coronazeiten eine neue Rolle erhalten. Jugendliche hörten jetzt wieder mehr Radio, wenn sie sich gut informieren wollten. Zu dieser Thematik gebe es eine JIM-Studie und eine Umfrage des Hans-Bredow-Instituts. Der Hörfunk als Sekundärmedium sei bei Jugendlichen ohnehin nie abgemeldet gewesen. Jetzt gebe es aber wieder eine kleinen Renaissance. Der Offene Kanal rüste derzeit für eine stolze Summe die Radiostudios auf, weil die Ausstattung und Technik immer zeitgemäß sein müssten.

Der Offene Kanal Schleswig-Holstein sei über Streaming, Kabel und die App „Bürger Senden“ empfangbar. Der Hörfunk werde auch terrestrisch übertragen. Der OK streame die Sitzungen des Landtags und zahlreicher Gebietskörperschaften nicht nur in den Standorten. Auch darüber hinaus werde dies immer mehr nachgefragt. Auf diese Weise werde bei Sitzungen die Öffentlichkeit hergestellt.

Der OK arbeite eng mit der Medienwirtschaft zusammen. Er buche bei besonderen und großen Veranstaltungen Medienschaffende dazu, die die Bürgerinnen und Bürger hinter den Kulissen noch mehr unterstützen könnten, als dies die eigene Medienassistenz des Offenen Kanals leisten könne.

Hinsichtlich der Medienkompetenz sei der Offene Kanal seit 15 Jahren unschlagbar und gut aufgestellt. An den jeweiligen Standorten stünden regionale Referenten zur Verfügung. Es gebe ein medienpädagogisches Volontariat. Auch beim Offenen Kanal mache sich der Fachkräftemangel mittlerweile bemerkbar. Medienpädagogisch erfahrene Menschen müssten aufgrund der geänderten Nutzungsgewohnheiten ständig „up to date“ sein. Der Markt sei derzeit ziemlich leer gefegt. Das Netzwerk Medienkompetenz sei vom Offenen Kanal mit initiiert worden und gestalte er maßgeblich mit.

Die Aus- und Weiterbildung sei ein wichtiger Punkt. Die Fachhochschulen an den jeweiligen Standorten des Offenen Kanals gingen faktisch bei ihm ein und aus. Auch werde mit den Universitäten, den Lehrkräften und dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) intensiv zusammengearbeitet. Regionale Bildungszentren schickten Erzieherinnen und Erzieher im Bereich Hörspielproduktion im Kindergarten zum Offenen Kanal.

Die Standorte des Offenen Kanals seien, bis auf Lübeck, barrierefrei zugänglich. Baulich sei der Grundsatz der Barrierefreiheit nahezu überall umgesetzt worden, weil jeder Bürgerin und jedem Bürger ein barrierefreier Zugang ermöglicht werden solle. Auch die Technik müsse einfach aufgebaut sein.

Redaktionen arbeiteten bei ihrer Berichterstattung häufig inklusiv. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des OK seien auf dem Gebiet der einfachen Sprache geschult worden. Die Redaktionen von HusFunk in Husum und KielFunk in Kiel arbeiteten mit Werkstätten für behinderte

Menschen zusammen. In diesem Zusammenhang nenne er nur das Projekt „Smartphone kreativ“, bei dem verschiedene Medienformen kreativ mit Smartphones und Tablets genutzt werden sollten.

Alle diese Maßnahmen und Projekte müssten auch finanziert werden. Der Offene Kanal erhalte einen kleinen Teil seiner Mittel aus dem Rundfunkbeitrag. Die Steigerung der Mittel um lediglich 2,6 % in zehn Jahren sei für den OK äußerst schwierig, auch weil er als Anstalt des öffentlichen Rechts es für geboten halte, Tarifsteigerungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzureichen. Dies könne allerdings nur gelingen, wenn entweder der Rundfunkbeitrag steige oder die Belegschaft stetig abgebaut werde. Aber dann könne der OK seinem Auftrag, zu dem er verpflichtet sei, nicht mehr vollumfänglich nachkommen.

Der Offene Kanal sei an zwei Standorten an dem Modellversuch zu DAB+ beteiligt. Mit dem digitalen Radio könnten sehr viele Zuhörerinnen und Zuhörer erreicht werden, auch wenn er wisse, dass Radio momentan noch überwiegend über UKW gehört werde.

Der Transformationsprozess des Offenen Kanals bewege sich in die Richtung, die lokale Berichterstattung von Bürgerinnen und Bürgern gezielt zu initiieren und noch mehr nonlinearen Mehrwert über eine Art Bürgermedienplattform zu schaffen. Hierfür seien eher konsolidierte Finanzen als ein Nachschlag oder Ähnliches sowie die Absicherung des Bestands erforderlich.

### **Freies Radio Fratz**

[Umdruck 19/6019](#)

Herr Peters, Vorstand des Freien Radios Fratz, schildert zunächst kurz die Entwicklung des Radiosenders. Sodann berichtet er, das Freie Radio Fratz sei dazu verpflichtet, jeweils 24 Stunden an sieben Tagen der Woche zu senden. Dies sei sicherlich eine Herausforderung, die aber angenommen worden sei, weil dies die Chance biete, von möglichst vielen Menschen gehört zu werden.

Freies Radio Fratz und Freies Radio Neumünster tauschten sich regelmäßig aus, sei es mit Blick auf das Programm, aber auch in Bezug auf Erfahrungen, die mittlerweile gesammelt worden seien. Die Strukturen der beiden Radiosender hätten seinerzeit aus dem Nichts ge-

schaffen werden müssen. Dies sei eine enorme Kraftanstrengung gewesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freien Radios Fratz seien im Vorfeld keine Profis gewesen, hätten sich aber mittlerweile durch Weiterbildung und Austausch bestimmte Skills angeeignet.

Sowohl in Flensburg als auch in Neumünster werde versucht, so viele Menschen wie möglich ins Boot zu holen. Insofern sei Freies Radio Fratz möglichst niedrigschwellig aktiv. Die Hürden, dabei mitzuarbeiten und das Programm mitzugestalten, seien nicht sehr hoch. Gerade die Diversität mache Radiosendungen attraktiv. Auch kleinere gesellschaftliche Gruppierungen wie beispielsweise Menschen mit Behinderungen, die in der Regel nicht so viel Gehör bekommen, erhielten beispielsweise im Rahmen des Formats „Handy & Cap“ die Möglichkeit, sich im Radio zu präsentieren. Freies Radio Fratz sei mit Blick auf die Medienvielfalt auf einem guten Weg, seinen Beitrag auch zu mehr Diversität zu leisten.

Die Anschubfinanzierung des Radiosenders sei zwischenzeitlich ausgelaufen. Freies Radio Fratz werde mittlerweile in einer anderen Form finanziert. Äußerst bedauerlich sei der Wegfall der halben Stelle gewesen, die bislang finanziert worden sei. Um die entsprechenden Arbeiten jetzt zu erledigen, müssten Kapazitäten an anderer Stelle geschaffen werden.

### **Freies Radio Neumünster e. V.**

[Umdruck 19/6019](#)

Herr Jahn, Kassenwart des Freien Radios Neumünster, legt dar, der Radiosender werde ausschließlich von Ehrenamtlichen betrieben. Die Coronapandemie habe die Arbeit sehr erschwert und weitreichende Auswirkungen auch auf die Programmgestaltung gehabt. Daher seien noch viele Vorhaben „in der Pipeline“.

Seiner Ansicht nach sei dringend eine institutionelle Förderung des Freien Radios Neumünster erforderlich. Es müsse jeweils eine feste Stelle für die Geschäftsführung, die Programmkoordination und die Technik geschaffen und auch finanziert werden. Alle diese Arbeiten würden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern derzeit mehr oder weniger auf Zuruf erledigt, damit der Sendebetrieb aufrechterhalten werde könne. Trotz der angespannten Personal- und Finanzsituation würden zurzeit rund 50 unterschiedliche Sendungen im Monat produziert. Viele würden selbst hergestellt, andere gemeinsam mit befreundeten Radiosendern.

Er sähe das Freie Radio Neumünster im Medienstaatsvertrag gerne an der Seite des Offenen Kanals Schleswig-Holstein verortet und insofern auch als Bürgermedium. Bislang sei das Freie Radio Neumünster bei den Lokalradios einsortiert. Es sei zwar ein nicht kommerzielles Lokalradio, aber auch ein Communityradio. Diese würden in anderen Bundesländern deutlich großzügiger finanziert. Insofern würde er es begrüßen, wenn sich das Land Schleswig-Holstein in finanzieller Hinsicht etwas großzügiger zeigen würde.

Hinsichtlich der Evaluation der Situation der freien Radios in Schleswig-Holstein äußert sich Herr Jahn im Sinne der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 19/6019.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2650, im Nachgang zur Sitzung im elektronischen Beschlussverfahren einstimmig abschließend zur Kenntnis.

## 2. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, zu den Anträgen zum Katastrophenschutz (Drucksachen [19/3187](#) und [19/3219](#)) am 2. März 2022 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Es wird um Benennung der Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführung bis 19. Januar 2022 gebeten.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier  
Vorsitzende

gez. Dr. Sebastian Galka  
Geschäfts- und Protokollführer